



PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

6. Sitzung des 12. Legislaturperiode vom 02. Dezember 2014

Vorsitz	Ratspräsident	Ueli Streuli
Anwesend	Gemeinderat	31 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident Stadtrat	René Huber Max Eberhard Roger Isler Regula Kaeser-Stöckli Gaby Kuratli Priska Seiler Graf Mark Wisskirchen
	Verwaltungsdirektor	Thomas Peter
Protokoll	Ratssekretariat	Petra Wicht
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Kurt Hottinger
	Stadtrat	
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 22:55 Uhr	

Traktandenliste

- 1 Protokollgenehmigung
- 2 Mitteilungen
- 3 Heiri Brändli (EVP), Interpellation Verkehrskonzept Bahnhof Kloten / Begründung (Vorlage 2907)
- 4 Tina Kasper (SVP); Motion Ausgabenstopp - Überdachung Ausseneisfeld Schluefweg / Begründung und Überweisung (Vorlage 2914)
- 5 Genehmigung Voranschlag 2015 und Festsetzung Steuerfuss (Vorlage 2515)

Der Vorsitzende begrüsst alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung termingerecht eingeladen wurde und die Aktenauflage rechtzeitig erfolgte.

Der Präsident hält die Gemeinderatsmitglieder an heute kurze und faire Voten an die Ratskollegen zu richten. Verschiedene Meinungen sind zugelassen und sollen auch als solche berücksichtigt werden.

Als nächstes begrüsst der Chlaus die Gemeinderatsmitglieder. Er richtet einige mahnende Worte an alle und der Schmutzli verteilt Gritibänze.

Zur Traktandenliste ist ein Antrag aus der SVP Fraktion eingetroffen. Rachel Grütter (SVP) erläutert den Antrag: „Die SVP stellt den Antrag die Motion von Tina Kasper zum Ausseneisfeld als Traktandum 4, nach der Interpellation Brändli, in die Traktandenliste aufzunehmen. Begründung:

Am 7. November 2014 ist die Motion Kasper Ausgabenstopp – Überdachung Ausseineisfeld Schluefweg fristgerecht bei der Ratsleitung eingegangen. D.h. mehr als 20 Tage vor der heutigen Sitzung, weshalb dieses Geschäft heute zu traktandieren gewesen wäre. Mit Mailschreiben vom 11. November wurde das von der Ratssekretärin auch so bestätigt, nämlich, dass diese Motion am 2. Dezember behandelt werde. Vermutlich auf die Intervention anderer Behörden (Verstoss gegen Gewaltenteilung) teilte die Ratsleitung mit Beschluss vom 17. November dem Gemeinderat mit, dieses Geschäft nicht zu traktandieren, bzw. als rechtlich unzulässig zurück zu weisen.

Mit diesem Beschluss können wir uns, aus den folgenden Gründen, nicht einverstanden erklären: Die Ratsleitung gibt an, eine Motion oder ein Postulat habe nur den Zweck für die Anregung neuer Tätigkeiten. Zudem seien Angelegenheiten, welche in die Kompetenz der Exekutivbehörden fallen ausgeschlossen. Dieser Argumentation kann nicht zugestimmt werden. Gemäss Art. 59 des GeschR ist eine Motion ein Auftrag an den Stadtrat, den Entwurf eines Beschlusses über eine Angelegenheit, die in den Aufgabenbereich der Gemeinde fällt, vorzulegen, insbesondere für Erlass, Änderung oder Aufhebung eines Beschlusses. Der vorliegende Vorstoss von Tina ist zweifellos davon erfasst, indem Tina Kasper die Aufhebung eines Beschlusses fordert; nämlich keine weitere Schritte Richtung Überdachung des Ausseneisfeldes zu machen. Somit ist es eine Gemeindeangelegenheit und zulässig. Die Kompetenz des Stadtrates ist für uns fraglich, wo liegt denn hier noch die Aufsichtsmöglichkeit? Es muss möglich sein, eine Richtung von Anfang an zu stoppen, damit keine weiteren Auslagen erfolgen. Zudem kann der weiteren Argumentation der Ratsleitung nicht gefolgt werden, dass nur die Exekutivbehörde ein Antragsrecht hätte, und die Legislativbehörde nicht befugt sei, ein Projekt zu stoppen. Das würde ja dem Sinn einer Motion völlig zuwiderlaufen. Man dürfte also nur neue Projekte an die Hand nehmen und keine laufenden Stoppen? Mit dem Stadtplatz ist das bereits schon einmal erfolgt. Eine Motion ist doch gerade dazu da, eine Richtung des Stadtrates zu korrigieren. Der Stadtrat hat beschlossen, einen Weg Richtung Überdachung zu gehen und das hat grosse finanzielle Folgen. Der Gemeinderat muss in dem Fall auch seine Aufsichtspflicht wahrnehmen. Es ist das absolut ur-demokratische Recht von jedem Gemeinderat eine Motion einzureichen, um eine Richtungsänderung vorzunehmen. Zumindest muss darüber gesprochen werden können. Wie die Antwort des Stadtrats auf die Motion schliesslich lauten wird, ist seine

Sache. Doch müssen wir doch die Möglichkeit haben, über eine solche wegweisende Entscheidung frühzeitig zu sprechen, nicht erst wenn die fertige Vorlage auf dem Tisch liegt und bereits viel Geld ausgegeben wurde. In diesem Sinne beantrage ich aufgrund unseres demokratischen Rechts, die Motion Kaspar aufzunehmen und vor dem Budget zu traktandieren. Ich bitte alle meine Kolleginnen und Kollegen diesem Antrag, unabhängig des Inhaltes der Motion und der politischen Ansicht, aus demokratischen und staatsrechtlichen Gründen, zuzustimmen.“

Christoph Fischbach (SP): „Uns befremdet dieser Antrag etwas. Wir sehen den Grund nicht. Gemäss GeschR Art. 5 hat die Ratsleitung ihre Aufgabe wahrgenommen und die eingegangenen Motion geprüft. Dabei ist sie zum Schluss gekommen, dass diese ungültig ist. Die Begründung haben alle erhalten. Das dieser Beschluss nicht zwingend abschliessend ist und der Gemeinderat ebenfalls darüber abstimmen kann ist für uns eine Möglichkeit. Das der Gemeinderat nicht rechtlich abstimmt, sondern nur politisch macht das Prozedere wiederum fraglich. Der Stadtrat lehnt die Motion ebenfalls ab, weshalb nun zwei Gründen gegen die Überweisung sprechen.“

Mathias Rieder (GLP): „Wir haben uns eingehend mit der Materie befasst und sind ebenfalls zum Schluss gekommen, dass das Anliegen von Tina Kasper nicht motionsfähig ist. Aber es gibt weitere Aspekte dazu. Gemäss GeschR prüft die Ratsleitung Vorstösse auf ihre Rechtmässigkeit. Im Beschluss der Ratsleitung verzichtet sie aus genannten Gründen auf die Weiterleitung der Motion. Ob dieses Vorgehen rechtens ist stellen auch wir in Frage. Im Falle einer Initiative hat der Stadtrat auch einen Bericht und Antrag an den Gemeinderat zu stellen. Analog dazu ist prüfen, ob die Ratsleitung dem Gemeinderat doch einen Antrag dazu hätte vorlegen müssen. Einfachheitshalber hätte mit der Motionärin das Gespräch gesucht werden sollen. Der Einwand und Verweis auf die bisherige Praxis von Rachel Grütter ist nicht dienlich. Diese Indiskrepanz im GeschR sollte bei der nächsten Revision berücksichtigt werden. Aufgrund der unklaren Sachlage enthält sich die GLP der Stimme.“

Abstimmung im Rat für Aufnahme der Motion in die Traktandenliste: mehrheitliche Annahme (16 Ja, 11 Nein, 4 Enthaltungen). Die Motion Kasper wird als Traktandum 4 nach der Interpellation Brändli in die Traktanden aufgenommen. (Die Nummern der folgenden Traktanden werden angepasst)

1

Protokollgenehmigung

Gegen das Protokoll Nr. 5 vom 4. November 2014 sind in der vorgegebenen Zeit keine Einwände eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt.

2

Mitteilungen

Aus dem Gemeinderat

Keine

Aus dem Stadtrat

Keine

3

Heiri Brändli (EVP), Interpellation Verkehrskonzept Bahnhof Kloten / Begründung (Vorlage 2907)

Bereits vor rund 2 Jahren habe ich ein Postulat mit der Bitte eingereicht, ein umfassendes Verkehrskonzept in Kloten zu erarbeiten. Das Postulat wurde damals nicht überwiesen, da parallel dazu der Stadtrat bereits einen entsprechenden Auftrag erteilt hatte.

Gesamtverkehrskonzept 2013

Im September 2013 legte der Stadtrat ein umfassendes Gesamtverkehrskonzept Kloten vor, welches auch dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt wurde.

In diesem Konzept werden verschiedene Schwachstellen aufgezeigt. Bezüglich des öffentlichen Verkehrs bzw. der Situation beim Bahnhof Kloten wird festgehalten:

„Während der Untersuchungen zum ÖV hat sich herausgestellt, dass bei vielen Haltestellen die Behindertengerechtigkeit nicht sichergestellt ist. Erheblicher Handlungsbedarf besteht bei den wichtigen Haltestellen im Zentrum, beim Bahnhof, bei wichtigen öffentlichen Einrichtungen und Haltestellen mit vielen Linien oder hohem Fahrgastaufkommen. Beim Bahnhof Kloten überlagern sich die Verkehrs- und Umsteigebeziehung zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln Bus, Bahn, Fuss- und Veloverkehr sowie motorisierten Individualverkehr und es besteht entsprechender Handlungsbedarf.“

Insgesamt wurden 54 Massnahmen definiert, um in Kloten das Verkehrskonzept umsetzen zu können. Für den Raum um den Bahnhof Kloten (inkl. Bahnhofstrasse) wurde sogar ein Masterplan Bahnhof definiert.

Heutige Situation Bahnhof Kloten / Bushaltestellen / Bahnhofstrasse

Die heutige Situation beim Bahnhof Kloten ist sehr problematisch. Es grenzt an ein Wunder, dass bisher keine grösseren Unfälle passiert sind. Gerade in Spitzenzeiten (0630h bis 0830h / 1630h bis 1830h) sind sehr hohe Umsteigefrequenzen Bahn/Bus (und umgekehrt) sowie Lokalverkehr zu verzeichnen. Genau in diesen Zeiten weist aber die Lindenstrasse als ebenfalls grosse Frequenzen im motorisierten Verkehr auf. Die Lindenstrasse dient einerseits dem iV als Zubringerstrasse zur Industrie Kloten/Bassersdorf, vielfach aber auch als „Umfahrungsstrasse“ vom Wilden Mann bzw. auch der A1 Richtung Winterthur bei Staus und Verkehrsstörungen.

Die beschlossene Umgestaltung des Stadtplatzes und die Schliessung der Kirchgasse im oberen Teil wird wahrscheinlich hier noch leicht Mehrverkehr bringen.

Nebst dem iV ist aber auch der Schwerverkehr gerade im Zubringen-/Wegbringerverkehr zur Industrie sehr stark, notabene natürlich auch hauptsächlich in den gleichen Zeiten wie die übrigen Verkehrsarten.

Interpellation

Aufgrund der momentanen finanziellen Situation in der Stadt Kloten wird wahrscheinlich der Masterplan Bahnhof bzw. die darin aufgezeigten Massnahmen in naher Zukunft nicht umgesetzt werden können. Trotzdem sind Lösungen dringend, um die verkehrliche Situation in und um den Bahnhof Kloten verbessern zu können.

Ich frage daher den Stadtrat an:

- ist ein konkreter Terminplan bezüglich Umsetzung Masterplan Bahnhof vorhanden und wenn ja, wie sieht dieser aus?
- Sind kurzfristige, allenfalls provisorische Massnahmen Seitens des Stadtrates für die Verbesserung der Situation geplant?
- Sind bereits Gespräche mit dem Zürcher Verkehrsverbund sowie den SBB über die untragbare Situation geführt worden?
- Gibt es Konzepte für eine provisorische Verbesserung bis zum Zeitpunkt, wo der Masterplan umgesetzt werden kann?

Begründung des Interpellanten: „Bereits vor 10 Jahren hatte ich eine Interpellation zum Verkehrskonzept eingereicht. Wir haben mittlerweile ein Konzept vorgelegt erhalten. Die Umsetzung dauert verständlich etwas länger. Es beinhaltet 54 Massnahmen, eine grosse ist die Verkehrsführung rund um den Bahnhof. Wir haben dieses Jahr ein gutes Projekt für den Stadtplatz bewilligt und die Schliessung der Kirchgasse soll umgesetzt werden, was ebenfalls Einfluss hat. Aufgrund der baulichen Tätigkeiten wird der Ausweichverkehr andere

Gebiete belasten. Der Pendelverkehr beim Bahnhof wird ausserdem zukünftig nicht weniger. Aus diesen Gründen stelle ich dem Stadtrat die in der Interpellation erwähnten Fragen und danke für die Beantwortung. Mittlerweile ist der Bereichsleiter Marc Osterwalder auf mich zugekommen, mit dem Vorschlag im Gemeinderat an der nächsten Sitzung eine Information zum Verkehrskonzept abzugeben. Mit der Beantwortung wird bis dahin zugewartet. Ich bin mit diesem Vorgehen einverstanden.“

Priska Seiler Graf, Sicherheitsvorsteherin: „Für uns ist es wichtig diese Informationen rund um die Verkehrsführung beim Bahnhof allen Gemeinderäten weiterzugeben. Es handelt sich um ein sehr komplexes Thema weshalb eine schriftliche Beantwortung unseres Erachtens nicht ausreicht. Wir stehen dann auch für ergänzende Fragen zur Verfügung und es kann ein Austausch zum Thema stattfinden.“

Keine Wortmeldungen aus dem Rat.

(keine Überweisung nötig)

4

Tina Kasper (SVP); Motion Ausgabenstopp - Überdachung Ausseneisfeld Schluefweg / Begründung und Überweisung (Vorlage 2914)

18-2014

Motionstext:

Der Stadtrat wird beauftragt, alle geplanten Ausgaben, welche im Zusammenhang mit der Überdachung des Ausseneisfeldes stehen, per sofort einzustellen und keine weiteren diesbezüglichen Ausgaben mehr zu bewilligen.

Begründung der Motionärin:

„Am 29. Januar 2008 hat der Stadtrat beschlossen, Fr. 2'000'000 in der Investitionsplanung 2008-2012 für eine Überdachung des Ausseneisfeldes einzurechnen. Im Voranschlag 2008 waren dafür bereits Fr. 500'000 budgetiert. Für den Ideenwettbewerb wurden Fr. 55'000 aufgewendet. Weiter wurde für dieses Vorhaben am 1. Juli 2014 erneut Fr. 70'000 für ein Projektierungskredit gesprochen in welchem unter anderem Möglichkeiten für eine Überdachung des Ausseneisfeldes geprüft werden sollen. Für das 1. Quartal 2015 wird in diesem Zusammenhang Fr. 500'000 in der Investitionsrechnung aufgeführt.

Die angespannte finanzielle Lage der Stadt Kloten erlaubt es zurzeit nicht solche Projekte weiterzuverfolgen. Im Zentrum der Investitionen sollen nur dringende und notwendige Ausgaben stehen. Eine Überdachung des Ausseneisfeldes soll erst wieder geprüft werden, wenn der Haushalt der Stadt Kloten insofern stabil ist, dass solche Investitionen das Budget nicht weiter belasten. Dringende Sanierungsmassnahmen, welche im Rahmen dieses Kredites enthalten sind, sollen jedoch vorgenommen werden. Es dürfen keine unnötigen Risiken mit einer Aufschiebung solcher Sanierungen eingegangen werden.“

Wortmeldung aus dem Rat:

Christoph Fischbach (SP): „Wenn diese Motion überwiesen wird, ist das ein Denkverbot dem Stadtrat gegenüber. Es muss dem Stadtrat möglich sein Ideen zu haben und deren Umsetzbarkeit und Angemessenheit zu prüfen. Das Argument von Rachel Grütter, es handle sich um einen abänderbaren Beschluss ist falsch. Es handelt sich beim erwähnten Beschluss um eine bereits getätigte Ausgabe in der Kompetenz des Stadtrates, welcher nicht mehr geändert werden kann. Aus diesem Grund ist die Motion ungültig und nicht behandelbar. Wenn die Überweisung trotzdem zustande kommt, wird der Stadtrat diese wohl nicht beantworten. Deshalb sehen wir diesen Antrag als absolute Farce.“

Heiri Brändli (EVP): „Fakt ist, dass es um einen Kredit in der Kompetenz des Stadtrates geht. Der künftige Kredit ist meines Erachtens unnötig und kann im Budget gestrichen werden. Aus den genannten Gründen ist für uns die Motion ebenfalls unnötig bzw. nicht rechtens und soll nicht überwiesen werden.“

Beat Vorburger (FDP): „Unser gesunde Menschenverstand sagt, dass Fragen aus dem Gemeinderat angebracht sind und der Stadtrat entscheiden kann, was er beantwortet und was nicht. Auch uns befremdet, dass in Zeiten in welchen der Steuerfuss erhöht werden muss überhaupt über solche Nice-to-have-Projekte nachgedacht wird. Es kann jetzt getrost zurückgestellt werden, was nicht heisst es ist für immer vergessen. Das Projekt kann jederzeit, wenn die Finanzen besser sind wieder aufgegriffen werden.“

Ueli Schlatter (SVP): „Eine Motion ist ein Auftrag an den Stadtrat Beschlüsse zu ändern die in den Bereich der Gemeinde fallen. Die Motion Kasper nimmt genau dazu Stellung und verlangt die Aufhebung eines Beschlusses im Budget. Deshalb ist die Motion zulässig und muss überwiesen werden.“

René Huber, Stadtpräsident: „Zum Antrag über die Aufnahme des Traktandums hab ich bewusst nicht Stellung genommen. Denn der Stadtrat redet dem Gemeinderat nicht in seine Angelegenheiten rein. Wir sind der Meinung, dass auch der Gemeinderat dem Stadtrat nicht in seine Angelegenheiten reinredet. Wir denken in verschiedene Richtungen und über vieles nach was der Stadt dienen könnte, z.B. Busbahnhof, Überdachung usw. das kann uns der Gemeinderat nicht verbieten. Genau darum handelt es sich hier. Wir haben im Zuge der Sanierung des Ausseneisfeldes, welche dringend nötig ist, über eine Überdachung nachgedacht. Die Sanierung ist auch in der Motion unbestritten. Um zu wissen, ob sich diese Ausgabe lohnt und was es kostet, braucht es Grundlagen über die der Stadtrat diskutieren kann. Genau diese Grundlagen und Erkenntnisse möchte der Stadtrat dem Gemeinderat vorlegen und ist nicht gewillt es wegen der Motion auf Eis zu legen. Aus diesem Grund sind wir nicht bereit die Motion entgegen zu nehmen und zu beantworten. Falls Fragen oder Unklarheiten zur Überdachung vorhanden sind, sind wir gerne bereit auf eine andere Form des Vorstosses zu antworten. Die Motion sollte deshalb nicht überweisen werden.“

Ratspräsident Ueli Streuli: „Die Ratsleitung hält an ihrem Beschluss fest und wird gegen die Überweisung der Motion stimmen. Im Anschluss an die Abstimmung werden fünf Minuten Pause eingelegt.“

Abstimmung Überweisung Motion: 17 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung
Die Motion wird somit an den Stadtrat überwiesen.

Beschluss:

1. Die Motion wird an den Stadtrat überwiesen.

5

Genehmigung Voranschlag 2015 und Festsetzung Steuerfuss (Vorlage 2515)

19-2014

Eintretensdebatte

Ueli Enderli, GRPK Präsident: „Die GRPK bestätigt, dass das vorliegende Budget 2015 den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Alle Fragen der GRPK-Referenten wurden fristgerecht, detailliert und zufriedenstellend beantwortet.

Ich bedanke mich bei allen Mitgliedern der GRPK für ihren grossen Einsatz bei der Prüfung dieses Budgets. Natürlich gilt mein Dank auch den zuständigen Bereichsleitern aus der Verwaltung für ihre grosse Geduld bei der Beantwortung und Erklärung der Detailfragen. Wir beantragen Eintreten.“

Abstimmung im Rat: Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Grundsatzdebatte

Ueli Enderli, GRPK Präsident: „Mit dem Voranschlag (VA) 2015 wurde der GRPK ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Einerseits ist das ein erfreulicher Umstand. Andererseits wird diese Ausgeglichenheit mit einer Steuerfusserhöhung von 8% erreicht. Das war für die GRPK Anlass genug das Budget genau unter die Lupe zu nehmen. Natürlich kann die GRPK die Augen nicht vor den anstehenden Investitionen verschliessen. Diesem Umstand haben wir bei der Prüfung des Budgets Rechnung getragen. Mehrheitlich haben wir die Meinung vertreten, dass bei diesem sehr grossen Investitionsbedarf im 2015, die weiteren zur Verfügung stehenden Mittel sehr zurückhaltend eingesetzt werden sollten.

Nach Meinung der GRPK Mehrheit, sollte es nicht sein, dass eine Verwaltung bei einer Teuerung im Nullbereich, ca. 4-5% mehr Kosten generiert.

Aus diesem Grund haben wir sehr genau geprüft, wie sich die Kosten der Verwaltung gegenüber dem VA 14 bzw. der Rechnung 13 verändert haben. Daraus resultieren auch viele Kürzungsanträge.

Aus zeitlichen Gründen werden sich die GRPK Referenten zu den Anträgen ihrer Sachgruppen nicht einzeln zu Wort melden. Ich selber werde die Begründungen zu den Kürzungsanträgen ebenfalls kurz halten. Die GRPK Mitglieder können bei den einzelnen Anträgen abstimmen wie sie möchten, auch wenn sie allenfalls in der GRPK anders gestimmt haben, da in der GRPK keine Stimmenthaltung möglich ist.“

Suzanne Rieder (EVP): „Die EVP dankt Stadtrat Mark Wisskirchen und der Verwaltung für ihre Bemühungen ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Auch der GRPK danke ich für die zeitintensive Arbeit und die gute Grundlage für die heutige Sitzung. Dass die Sparwünsche bereits greifen, konnte ich gerade auf dem WC feststellen, in welchem die Hälfte der Toiletten geschlossen war und in der anderen Hälfte das WC Papier fehlte.“

Christoph Fischbach (SP): „Jedes Jahr spielt sich im Vorfeld des Budgets das gleiche Drama ab. Sobald der Stadtrat das Budget präsentiert, steht die SVP unter Schock! (Zitat NZZ Ende September). Wenigstens bleibt uns die Zusatzrunde einer Rückweisung erspart, denn nächstes Jahr sind keine Gemeindewahlen. Aber der Aufschrei auf Seiten der SVP und FDP war wie jedes Jahr wie immer gross und laut! Es wäre angenehmer, wenn einmal ruhig Blut bewahrt würden werde.

Der Stadtrat hat ein ausgeglichenes Budget mit einem entsprechenden Steuerfuss vorgelegt. Die Verwaltung und der Stadtrat haben keine Luxusausgaben in den Voranschlag reingepackt. Wie jedes Jahr wird ideologisch um den Steuerfuss gestritten! Zu allen grossen Projekten wie Stadtplatz, Freibad-Sanierung, Stighag-Erweiterung wurde ja gesagt und am Schluss wird im Budget nein zu deren Folgen gesagt! Wie geht das? Um den Steuerfuss nicht im nötigen Umfang erhöhen zu müssen, werden im Budget kosmetische Kürzungen vorgenommen.

Es stehen folgende Anträge im Raum:

Kürzungen von Büromaterial oder Schulbüchern. Ein Polizeiauto soll nicht ersetzt werden, obwohl jeder weiss, dass die Kosten nur aufgeschoben werden. An Weiterbildung insbesondere bei der Feuerwehr wird geschraubt und Aufgabenhilfe in der Oberstufenschule soll nicht eingeführt werden. Oder es soll kein Energieberater für läppische Fr. 12'000 beigezogen werden, damit der ganze Energiehaushalt im Schluelfweg überprüft werden kann und künftige Energie und die entsprechenden Kosten eingespart werden. Alle diese Kürzungsanträge sind kurzsichtig, unsinnig und sparen kein Geld, sondern es ist zu befürchten, dass die Folgekosten teurer werden! Da bei den meisten Anträgen eine exakte Begründung fehlt, wird mit sämtlichen Anträgen gegenüber dem Stadtrat und der Verwaltung ein tiefes Misstrauen zum Ausdruck gebracht. Meist wird nur angeführt „nicht unbedingt notwendig“ oder „zurückstellen“. Mit solchen Aussagen kann die Verwaltung nichts anfangen! Die Antragssteller sollen doch bitte genau begründen warum Ausgaben gestrichen werden sollen. Aber ich gehe davon aus, dass auch am heutigen Abend keine weiteren

Begründungen angeführt werden, weil es schlicht und einfach keine gibt. Denn die Mehrheit will nur um des Sparens willen sparen! Und das ist schlicht und einfach eine Bankrotterklärung! Die SP wird nur die Anträge welche Budgetierungsfehler betreffen unterstützen. Je nach dem wie sich der Voranschlag am Ende präsentiert, wird die SP diesem nicht zustimmen.“

Reto Schindler: „Ausgaben zu verweigern die getätigt werden müssen ist Schönfärberei und bringt gar nichts. Müssen z.B. Ersatzbeschaffungen dann doch getätigt werden und sind in der Rechnung 2015 dann enthalten wurde nichts gespart. Die Sparübung beschert eine lange Sitzung und hat wenig Effekt. Die Anpassung der Steuern ist unausweichlich was in der Finanzplanung seit Jahren ersichtlich ist. Nur so können die kommenden nötigen Investitionen ohne noch grössere Fremdverschuldung getätigt werden. Einige Kürzungen vorzunehmen und zu denken, nun kann auf die Steuererhöhung verzichtet werden ist nicht nachhaltig, sondern zu Gunsten der bereits Gutsituierten und zu Lasten der kommenden Generation. Wir können den Schuldenberg nicht vor uns her schieben, sonst bleiben wir irgendwann stecken. Rückstellungen bringen deshalb auch nichts, denn das Geld wird einfach etwas später und dann meistens teurer ausgegeben. Wir unterstützen nur die fehlerhaften Buchungen und keine weiteren Kürzungen.“

Rachel Grütter (SVP): „Jedes Jahr ist das Budget der gleiche Frust. Es könnte jedes Jahr das gleiche Papier abgegeben werden und ich kann immer dasselbe dazu sagen. Ich habe jedoch weiter die Hoffnung, dass unser Grundsatz, dass mit dem Geld der Steuerzahler haushälterisch umgegangen werden muss, auch bei den anderen Fraktionen ankommt. Es frustriert uns vor allem, dass Ausgaben die letztes Jahr aus Kostengründen eingespart wurden, dieses Jahr wieder genau gleich im VA15 stehen. Ebenso, dass Stellen bereits erhöht wurden ohne das die Genehmigung im Budget durch den Gemeinderat stattgefunden hat. Warum reden wir dann überhaupt noch über den Voranschlag? Der SP können wir es sowieso nicht recht machen, denn Pauschalanträge sind nicht erwünscht und jetzt sind die genauen Sparvorschläge auch nicht genehm. Wo bleibt hier die Demokratie? Wir sind sehr zufrieden mit der Arbeit der GRPK und unterstützen alle Anträge die vorliegen.“

Für die intensive Arbeit danken wir der GRPK und insbesondere ihrem Präsidenten. Unsere Konzentration zielt auf die wichtigen Dinge, denn wir können nicht alles haben. Wir müssen endlich Prioritäten setzen. Auch ich hätte viele Wünsche; eine Weihnachtsbeleuchtung, mehr Turnhallen usw. Aber es muss bezahlbar sein. Sparen ist nie attraktiv. Die vorliegenden Anträge sind jedoch moderat und für jeden verkraftbar. Wir können die guten Steuerzahler, d.h. die juristischen Personen nicht übermässig mit einem hohen Steuerfuss belasten. Die Einstellung auch im Alltag mehr zu sparen, z.B. ob jedes Papier kopiert oder gedruckt werden muss usw., muss bei allen Beteiligten geändert werden. Wir werden das Budget inkl. den Sparanträgen und den Steuerfuss von 105% unterstützen.“

Simon Giger (CVP): „Wir danken den Beteiligten für die Erstellung des Voranschlags 2015. Wie immer ist er mit wenigen Ausnahmen transparent und korrekt aufgestellt. Die vorhandenen Ausnahmen wurden von der GRPK abgeklärt und begründet beantwortet. Wir werden einige für uns nachvollziehbare und sinnvolle Anträge unterstützen. Wir werden auch nicht zu allem unseren Kommentar abgeben um Zeit zu sparen und hoffen, dass auch die anderen Fraktionen dies beherzigen. Mit den auf uns zukommenden nötigen Investitionen ist es wirklich nötig vorausschauend zu lenken und zu planen. Dazu reichen Einsparungen nicht mehr und können nur durch die Erhöhung der Steuern aufgefangen werden.“

Beat Vorburger (FDP): „Die FDP hat kein Drama aus dem Voranschlag gemacht und uns sehr sachlich damit auseinandergesetzt. Uns ist aufgefallen, dass vor allem der Sach- und Personalaufwand in Rekordhöhe ist. Gegenüber dem VA 14 hat der Sachaufwand um 1,1 Mio. und der Personalaufwand um 1,5 Mio. Franken zugenommen. In der Verwaltung zeigen einige Bereiche sprunghafte Erhöhungen welche uns Kopfzerbrechen bereiten. Eine Bankrotterklärung wäre es, wenn nicht mehr darüber diskutiert werden könnte. Die GRPK hat

eine breite und ausgewogene Darlegung von 1,5 Mio. Franken an Einsparungen vorgelegt. Wir unterstützen einige der Vorschläge, mit insgesamt rund 1,5 Mio. Franken, davon. Die Einsparungen sind moderat im Hinblick auf die extremen Erhöhungen. Die FDP ist sich bewusst, dass Kürzungen nicht populär sind, aber wir tragen die finanzpolitische Verantwortung. Der Steuerfuss kann zu Recht heute diskutiert werden. Wir unterstützen dabei den Vorschlag von 105%. Auch wir werden uns kurz halten und wünschen eine faire Debatte.“

Mathias Rieder (GLP): „Auch wir werden uns zurückhaltend zu den Anträgen äussern. Unser Dank geht vor allem an Mark Wisskirchen und die Mitarbeiter in der Verwaltung für die Erstellung des Voranschlags. Wir danken auch der GRPK für die grosse Arbeit zur Vorlage. Auch für uns ist es manchmal ein Frust als Mittepartei die Querelen zwischen SP und SVP aushalten zu müssen. Wir von der GLP möchten unsere Werte vertreten und für die Nachhaltigkeit sorgen, d.h. wir sparen nicht beim effizienter machen von Verkehr und Energie, deshalb lehnen wir Sparanträge zu diesen Themen ab.“

Ratspräsident Ueli Streuli: „Ueli Enderli wird die Anträge vom Platz aus vortragen. Für die Abstimmungen wird nur die Hand erhoben. Die ersten 20 Anträge (Punkt 1.01 bis 1.21) zu den Materialkosten könnten in globo abgestimmt werden. Ist der Rat mit diesem Vorgehen einverstanden?“

Christoph Fischbach (SP): „Wir stellen den Antrag auf einzelne Abstimmung aller vorliegenden Anträge.“

Beat Vorburger (FDP): „Die FDP unterstützt diesen Antrag.“

**Abstimmung über Ordnungsantrag von Christoph Fischbach: 13 Ja / 4 Nein / 14 Enthaltungen
Somit einzelne Abstimmung aller Anträge.**

Detailberatung / Anträge aus der GRPK und den Fraktionen

Ueli Enderli, GRPK Präsident liest alle Anträge einzeln vor.

**Diverse Konten MATERIALKOSTEN (3100.00) (detaillierte Liste im Anhang ist Bestandteil des Protokolls)
Punkt 1.01 bis 1.11: werden mehrheitlich angenommen**

Punkt 1.12 bis 1.17: werden mehrheitlich abgelehnt (somit nicht gekürzt)

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach: „Ich möchte klarstellen, dass es bei den nächsten sechs Anträgen nicht um Kopierpapier und dergleichen geht. Es geht um die Beschaffung von Schulbüchern! Ich frage mich, wie soll es bewerkstelligt werden, wenn Schulbücher nicht mehr ersetzt werden können? Hier zu sparen zeugt nicht von einem guten Bildungssystem in Kloten.“

Roger Isler, RV Bildung: „Die Erklärung von Christoph Fischbach ist richtig und kann ich unterstützen. Nach welchen Kriterien sollen wir den Kindern die Bücher verteilen, wenn kein Geld mehr dafür vorhanden ist? Dieser Betrag entspricht der Anzahl nötigen Schulbücher gemäss Schülern. Ausserdem ist das schon sehr eng bemessen in den Voranschlag eingeflossen.“

Punkt 1.18 bis 1.21: werden mehrheitlich angenommen

12 / 22 GEMEINDERAT / STATRAT / VERWALTUNGSDIREKTION

Punkt 2: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Wortmeldung Maja Hildebrand (SP): „Das Konstituierungessen ist ja nicht nur freiwillig für die Mitglieder des Gemeinderates. Es ist auch eine Verpflichtung, die das Amt mit sich bringt. Diese Wertschätzung zu streichen wäre sehr schade.“

Reto Schindler (Grüne): „Wenn der Betrag gestrichen wird, würden die Grünen gerne zu einer Containertour mit anschliessendem gemeinsamen Schmaus einladen. Wie in den Medien gelesen, ist das eine sehr günstige Variante um an ein Nachtessen zu kommen.“

Simon Giger (CVP): „Wir finden den Sparantrag in Ordnung, denn wir sollten bei den zu sparenden Geldern als gutes Beispiel vorausgehen.“

Punkt 3: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Reto Schindler (Grüne): „Der Geschäftsbericht könnte ja einfach ein paar schwarze Seiten beinhalten. Die dann auch noch im Ausland zu drucken, käme sehr günstig.“

Punkt 4: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Maja Hildebrand (SP): „Der Betrag wurde schon letztes Jahr zurückgestellt. Ausserdem ist bekannt, dass das Stadtarchiv mit massivem Schimmelbefall kämpft. Gerade deshalb ist spezialisiertes Personal nötig, denn eine fachgerechte Pflege des Archivs gehört zu den Pflichtaufgaben einer Stadt und ist kein Nice-to-have.“

Roman Walt (GLP): „Ich kenne mich beruflich in diesem Metier aus und empfehle deshalb die Annahme des Betrags. Wenn es jetzt nicht fachgerecht ausgeführt wird, kostet es im nach hinein um ein vielfaches mehr.“

Punkt 5: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Reto Schindler (Grüne): „Eigentlich wär es nur fair und ehrlich zuzugeben, was genau der Dorn im Auge. Da nun mal eine vom Gemeinderat bewilligte Stelle nicht einfach gestrichen werden kann, wird das Budget der Stelle gekürzt und somit ist diese auch bald hinfällig.“

Punkt 6: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

René Roser (SP): „An der letzten Zusammenkunft der Alt-GPK Mitglieder hat uns Hans-Peter Ruosch eine alte Präsentation zu Kloten aus den 70iger Jahren gezeigt. Das war natürlich eine lustige und erbauliche Angelegenheit zu sehen, wie Kloten damals ausgesehen hat und wer da alles drauf zu sehen war. Gleichzeitig hat es aber auch gezeigt, dass es zum damaligen Zeitpunkt wichtig war, den Flughafen und unsere Stadt in einem positiven Licht erscheinen zu lassen und dies auch nach aussen kund zu tun. Umso wichtiger ist es in der heutigen Zeit, sich als positiven Wirtschaftsstandort darzustellen um in- und ausländische Investoren von Kloten, als die richtige Wahl für ihre Tätigkeiten, zu überzeugen. Und unter Positiv verstehe ich nicht nur die finanziellen Aspekte. Wie können wir erwarten, unsere Finanzen ohne neue Steuererhöhungen in den Griff zu bekommen, wenn wir nicht alles tun, um neue Steuerzahler anzulocken? Ich verstehe das Verhalten nicht, ständig Steuern senken zu wollen, Einkünfte zu reduzieren und nur zu sparen, egal was uns das heute und in

Zukunft kosten wird. Die SP Fraktion beantragt, diesen Posten, wie im Voranschlag 2015 aufgeführt, zu belassen.“

32 FINANZEN + LOGISTIK

Punkt 7: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Maja Hildebrand (SP): „Wir sind auf gut ausgebildetes Personal angewiesen. Nur mit Weiterbildung kann ein gutes Niveau von Mitarbeitern bekommen und erhalten werden. Zudem werden Perspektiven geschaffen, die qualifizierten Mitarbeitern den Anreiz bei uns zu arbeiten erhöht. Die SP unterstützt diesen Antrag nicht.“

Punkt 8: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

René Roser (SP): „Nochmals muss ich mein Unverständnis zum Ausdruck bringen. Wieso sollen Dienstleistungen Dritter ständig gekürzt werden? Ist es nicht so, dass unser Gewerbe davon profitiert? Warum müssen wir uns selber verstümmeln und nicht zulassen, dass Geld in unserer Gemeinde verdient und damit wiederum mehr Steuereinnahmen generiert werden?“

Die SP Fraktion will, dass dieser Posten wie im Voranschlag aufgeführt, belassen wird. Sparen, nur um des Sparens willen und um zu demonstrieren, wie effizient man sein möchte, ist ein Schuss nach hinten und nicht in die Zukunft gerichtet. Die Zeiten, in denen die Verwaltung Konten mit überhöhten Beträgen in einen Voranschlag fliessen lässt sind definitiv vorbei. Es wird genau budgetiert und keine Fettpolster angelegt. Wir müssen das entsprechende Vertrauen in unseren Stadtrat und die Verwaltung aufbringen und ihnen dafür danken.“

Punkt 9: mehrheitlich abgelehnt (somit nicht gekürzt)

Punkt 10 bis 12: mehrheitlich angenommen

Punkt 13: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach (SP): „Welche Bewohner in der Zielgasse 3 leben ist allen bekannt. Ihnen die nötigen Schränke nicht zu bewilligen zeigt eindeutig, dass einige unter uns gerne in einem Zweiklassensystem leben. Dieser Antrag ist sehr schäbig.“

Punkt 14 und 15: mehrheitlich angenommen

Punkt 16: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Simon Giger (CVP): „Wir unterstützen diesen Antrag erneut. Diese Duschen sind Luxus und können weggelassen werden. Dafür Steuergelder auszugeben ist nicht nötig.“

Christoph Fischbach (SP): „Heute gehört es zum Standard eine Dusche im Betrieb zu haben. Für uns ist es kein Problem und sollte drinbleiben, aber sicher kann darüber diskutiert werden.“

Peter Nabholz (FDP): „Ich bin auch in einer Grossfirma und wir haben keine Dusche. Zudem kann in Kloten im Aktivfitness gegenüber geduscht werden, wenn wirklich nötig.“

Punkt 17: mehrheitlich angenommen

Punkt 18: mehrheitlich abgelehnt (somit nicht gekürzt)

Punkt 19: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Fabienne Kühnis (Grüne): „Bei einem Bus wird auch nicht der Chauffeur gefragt, ob er geflickt werden muss sondern der Mechaniker. Die Orgel ist in letzter Zeit bereits ein paar Mal ausgefallen und eine Revision dringend nötig.“

Suzanne Rieder (EVP): „Gemäss Organistin ist die Orgel in Ordnung und das Problem die Akustik im Raum. Zudem wurde bereits eine kleine Reparatur ausgeführt.“

Punkt 20: mehrheitlich angenommen

Punkt 21: mehrheitlich angenommen

Christoph Fischbach (SP): „Im Dorfnest die Räume nicht auszubauen und gleichzeitig wegen ungenügend ausgebauten Räumen im Hegnerhof Räume zu mieten, ist sicher nicht nachhaltig gedacht und letztendlich auch nicht billiger.“

Roger Isler, RV Bildung: „Es kann nicht sein, dass wir der Musikschule eine Liegenschaft zur Verfügung stellen, die nicht für Musik genutzt werden kann. Die Umbauten sind wirklich nötig und die Musikschule muss für einen konformen Unterricht auf Vordermann gebracht werden. Nebenbei externe Räume zu mieten ist wirklich Unsinn, denn Platz hätte es im Dorfnest genug.“

Ueli Schlatter (SVP): „Vor dem Umzug in die Liegenschaft durch die Musikschule wurde alles nötige umgebaut. Das nun noch andere Aspekte zu Unstimmigkeiten führen, rechtfertigt diese Ausgabe zum jetzigen Zeitpunkt nicht und kann zurückgestellt werden.“

Punkt 22: mehrheitlich angenommen

Punkt 23: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Maja Hiltbrand (SP): „Elektronische Schliessanlagen sind nichts als zeitgemäss und vor allem in der Handhabung einfacher, günstiger und sicherer, wenn mal ein Schlüssel verloren gehen. Heute muss immer wieder das Schloss gewechselt werden.“

Ratspräsident: „Wir legen wie angekündigt eine Pause von 20 Minuten ein. Verpflegung ist im Foyer bereit.“

42 EINWOHNERDIENSTE + SOZIALES

Punkt 24: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Regula Kaeser-Stöckli, RV Bevölkerung: „Wir beschäftigen drei Vollzeitangestellte im Friedhof und denen steht heute nur ein Fahrzeug zur Verfügung. Das führt öfters zu Engpässen, da manche Arbeiten nur damit ausgeführt werden können. Ausserdem fühlen sich die Besucher vom normalen Traktor gestört und bevorzugen ebenfalls den Elektrowagen auf dem Friedhof.“

52 LEBENSRAUM + SICHERHEIT

Punkt 25: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Maja Hildebrand (SP): „Das ist ein Extra für das Personal, welches sonst keine Vergünstigungen hat. Die Löhne steigen seit Jahren kaum und mit diesem Bonuspass könnte ebenfalls ein Anreiz geschaffen werden ohne die Löhne zu erhöhen.“

Pascal Walt (CVP): „Wir unterstützen den Antrag, obwohl der öV sicher das beste Mittel für die Mitarbeiter ist soll diese Ausgabe jetzt nicht getätigt werden.“

Silvan Eberhard (SVP): „Wir werden sicher nächstes eine Vorlage zum Thema Bonuspass erhalten und können dann darüber abstimmen. Deshalb finden wir es zu früh das jetzt im Budget zu bewilligen.“

Priska Seiler Graf, RV Sicherheit: „Da gebe ich Silvan Eberhard recht. Der Vorstoss kam nach dem Druck vom Budget und ist somit noch drin. Trotzdem gebe ich den Bonuspass noch nicht auf.“

Punkt 26: mehrheitlich angenommen

Punkt 27: mehrheitlich angenommen (Stichentscheid Ratspräsident)

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach (SP): „Die JSVP hat genau zu diesem Thema Anti-Littering eine Petition eingereicht. Nun sind diese Massnahmen budgetiert und die gleichen Personen sind nun gegen diese Kosten. Was genau hätten sie denn gerne? Eine kostenlose Abfallentsorgung?“

Tina Kasper (SVP): „Wir sind nach wie vor gegen Littering aber diese Massnahme unterstützt unser Anliegen nicht. Das bisherige System (Entsorgung an Veranstaltungen) hat sich mittlerweile gut bewährt und kann beibehalten werden.“

Priska Seiler Graf, RV Sicherheit: „Das stimmt so nicht. Wir haben kein geeignetes System bei Veranstaltungen. Ausserdem werden diese Kosten aus der Spezialfinanzierung berappt und tangieren den eigentlichen Aufwand nicht. Wir haben in dieser Spezialfinanzierung einen Überschuss, den wir genau für solche Massnahmen brauchen sollen, damit kein grosses Kapital angehäuft wird.“

Ueli Schlatter (SVP): „Es gibt viele Systeme dafür und es muss kein neues gefunden werden. Zudem hat der Steuerzahler über die Sackgebühren auch diese Finanzierung berappt und niemand anderes.“

Punkt 28: mehrheitlich angenommen

Punkt 29: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Maja Hildebrandt (SP): „Die ständige gleiche Begründung der GRPK aufgrund der schlechten finanziellen kann nicht sein. Es ist auch in Ordnung zuzugeben, dass man etwas einfach nicht will. Es sollte jedoch bedacht werden, dass Verschiebungen von Ersatzbeschaffungen sowieso früher oder später Kosten verursachen. Wir unterstützen diese Anträge nicht.“

Punkt 30: mehrheitlich angenommen

Punkt 31: mehrheitlich angenommen (Stichentscheid Präsident)

Diskussion dazu:

Fabienne Kühnis (Grüne): „Bei diesen Kosten handelt es sich vorwiegend um den Unterhalt von Spielplätzen. Ohne den Unterhalt kann es sein, dass die Spielplätze geschlossen oder abgebrochen werden müssen und das kostet nicht weniger als sie in Stand zu stellen“

Punkt 32: mehrheitlich abgelehnt (somit nicht gekürzt)

Fabienne Kühnis (Grüne): „Wie soll denn ein Forstteam ohne anständiges Werkzeug sicher arbeiten? Diese Kosten müssen dann als gebundene Ausgaben sowieso beschafft werden. Dieser Antrag ist überflüssig.“

Punkt 33: mehrheitlich angenommen

Maja Hildebrand (SP): „Per Mail hat uns Patrick Steiner einleuchtend dargelegt warum diese Kürzung keinen Sinn macht. Die SP freut sich, dass so viele Feuerwehrleute bereit sind sich für unsere Sicherheit weiterzubilden. Die Aufgaben der Feuerwehr werden immer schwieriger und wir sind froh wenn wir Freiwillige dafür finden. Dass der Kommandant dann einen grossen Teil der Schulungen selbst übernehmen soll ist wirklich zu viel des Guten an Sparwillen. Zudem besteht dann auch die Gefahr der Überbelastung und Burnouts.“

Mathias Rieder (GLP): „Die Gefahr eines Burnouts haben wir bei Lufthansapiloten nicht festgestellt. Auch wir bilden nur einige Kaderleute aus und diese geben dann ihr Wissen an die anderen weiter. Dieses System kann auch bei der Feuerwehr genutzt werden.“

Roland Lieb (SVP): „Als ehemaliger Feuerwehr Kommandant kann ich dazu noch einiges Hintergrundwissen anbieten. Für die Ausbildung der Feuerwehrleute ist grundsätzlich die Gebäudeversicherung (GVZ) zuständig. Die organisieren Kurse für jedermann und das auch noch gut. Ich selber habe den Kurs in Rotterdam besucht und bin sehr dafür, dass dieser Kurs besucht wird. Aber es genügt wenn einige Mitglieder des oberen Kadern daran teilnehmen. Es muss nicht sein, dass ein ganzes Offizierscorps den teuren Kurs besucht.“

Fabienne Kühnis (Grüne): „Wir Laien sollten auf den Fachmann hören, denn es geht auch um unsere Sicherheit.“

Ueli Schlatter (SVP): „Das was dort in Rotterdam gelehrt wird, ist bisher erst einmal vor rund 25 Jahren in der Schweiz passiert, als in Affoltern den Zisternenwagen ausgelaufen ist. Solche Vorfälle brauchen dann ein Profi- und kein Milizteam am Werk. Die Schweiz und der Kanton Zürich haben eines der besten Ausbildungsangebote, welches ausreichend ist.“

Priska Seiler Graf, RV Sicherheit: „Die Zeiten als das Feuerwehrbudget tabu war sind wohl vorbei. Wir haben im Stadtrat in diesem Bereich auch schon Einsparungen gemacht, die niemand gesehen hat. Was für uns wichtig ist, ist und bleibt die Ausbildung. Patrick Steiner hat ein klares Konzept für die Feuerwehr auf die Beine gestellt. Dieses soll nun abgeschlossen werden und dazu gehört die Ausbildung in Rotterdam. Warum kann diese Ausbildung nicht in der Schweiz durch die GVZ angeboten werden? Weil unsere Umweltauflagen es verbieten. Ob das System der Lufthansa für die Feuerwehr funktioniert bezweifle ich. Das Mail des Kommandanten ist sicher richtig und zeigt auf warum dieser Kurs sein muss.“

Max Eberhard, RV Raum und Umwelt: „Ich möchte die Emotionen etwas beruhigen. Ich war 1994 in Zürich-Affoltern damals dabei und unterstütze diese Ausbildung. Wir konnten die Situation nur dank dem guten Konzept des Kantons bewältigen. Ich kann aus Erfahrung sagen, dass wir eines der besten Konzepte für solche Fälle sogar in Europa haben. Unser kantonales System kann solche Vorfälle bewältigen. Ich kann

beruhigt sagen, dass das Konzept aufgeht und es ausreicht, wenn einige Kaderleute in diese Schulung gehen und ihr Wissen weitervermitteln.“

Mathias Rieder: „Ich war auch in der Feuerwehr am Flughafen tätig und kenne gefährliche Brandsituationen gut. Dass der Flughafen bei einem Ereignis nicht helfen kann ist Fakt aber es gibt andere Wege. Ich bin sicher, dass es genügt einige Leute dort hin zu schicken.“

Christoph Fischbach (SP): „Der alternative Vorschlag von Patrick Steiner wäre auch eine Variante, die aber wohl auch keine Chance in diesem Rat hat. Was mich mehr erstaunt ist, wie sich das mit dem Kollegialitätsprinzip im Stadtrat verhält, wenn zwei Stadträte unterschiedliche Meinungen äussern.“

Punkt 34: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Mathias Rieder (GLP): „Wenn der Gemeinderat sein Essen streicht, dann sollte das auch bei der Feuerwehr der Fall sein.“

Punkt 35 und 36: mehrheitlich angenommen

Punkt 37: mehrheitlich angenommen (Stichentscheid Präsident)

Fabienne Kühnis (Grüne): „Stellen wir uns die Situation eines Banküberfalls in Kloten vor und die Polizei rückt mit dem ramponierten Fahrzeug aus. Sie sieht die Täter nur noch flüchten, denn eine Verfolgung ist nicht möglich ohne, dass das Polizeiauto auseinander fällt.“

Priska Seiler Graf, RV Sicherheit: „Der Stand heute was den Zustand des Fahrzeuges betrifft ist folgender: Die Sitzpolster sind verschlissen und müssen neu bezogen werden. Das rechte vordere Licht musste geklebt werden, da es sonst abfällt. Die Beschriftung ist mittlerweile statt Leuchtorange nur noch Pink und belustigt die meisten Leute sehr. Die Rückfahrlichter sind kaputt und müssen ersetzt werden. Ein Fahrzeugortungssystem hat es nicht, ist aber heute Vorschrift und muss also eingebaut werden. Ganz aktuell ist der Griff der Beifahrertür abgebrochen und es kann dort nicht mehr ausgestiegen werden. Ist es nun wirklich euer Ernst, diesen Posten zu streichen?! Ihr wisst alle ganz genau, dass eine Ersatzbeschaffung getätigt werden muss. Dieses Geld zu streichen und der falsche Weg. Der Stadtrat wird dann einen Ersatz ausserhalb des Budgets bewilligen müssen.“

62 BILDUNG + KIND

Punkt 38 und 39: mehrheitlich angenommen

Punkt 40: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach (SP): „Diese Glaskabine ist gemäss Auskunft auch als Rückzugs- und Aufsichtsmöglichkeit für die Lehrperson gedacht. Nicht umgekehrt. Ohne die Glaskabine muss auch der Boden nicht geschliffen werden.“

Punkt 41 bis 45: mehrheitlich angenommen

Roger Isler, RV Bildung: „Danke an die GRPK für die tiefgründige Prüfung der Sparmassnahme über die Kleinstpensen. Diese sind nicht einfach nur so von uns geplant. Die hängen mit dem Lehrplan und dem Stundenplan der Kinder zusammen. Diese Streichungen sind hinfällig, da wir sie nicht einsparen können und sowieso das Geld ausgeben. Dafür entschuldige ich mich heute schon.“

Reto Schindler (Grüne): „Diese Streichungen sind wirkungslos da diese Lehrer bereits seit letztem Schuljahr angestellt sind und nur auf Ende Schuljahr gekündigt werden können.“

Punkt 46 und 47: mehrheitlich abgelehnt (somit keine Kürzung)

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach (SP): „Die Aufgaben gehören zum Unterricht und professionelle Hilfe ist in der wichtigen Schulphase nötig. Die Schüler sollen in den Arbeitsmarkt integriert werden, dazu kann diese Hilfe sehr wichtig sein. Gerade bei bildungsfernen Eltern ist es ein nützliches Angebot für die lehrstellensuchenden Schüler.“

Suzanne Rieder (EVP): „Ich sehe nicht ein, warum hier gespart werden soll. Sicher ist es keine gesetzliche Verpflichtung der Schule, aber sicher eine moralische.“

Reto Schindler (Grüne): „Es gibt immer Kinder die von zu Hause keine Unterstützung erhalten. Gerade für sie ist das Angebot wichtig und muss beibehalten werden.“

Roger Isler, RV Bildung: „Dieser Antrag ist nicht einfach so entstanden um Geld auszugeben. Die gewählte Schulbehörde hat das Thema eingehen diskutiert und erkannt, dass es eine wirkliche notwendige Massnahme ist, diese Hilfe auch in der Oberstufe anzubieten. Eltern sind teilweise überfordert und bei den Anforderungen welche die Hausaufgaben beinhalten ist professionelle Hilfe nötig. Wir wollen gemäss den Leitlinien eine gute hochqualifizierte Schule sein und genau solche Sachen gehören dazu. Bitte unterstützt den Betrag im Budget und nicht den Antrag der GRPK.“

72 FREIZEIT + SPORT

Punkt 48: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Reto Schindler (Grüne): „Dieser Posten sollte ganz im Sinne der Sparfüchse sein. Der heute generierte Energieverbrauch in Zentrum Schluefweg ist, mit Kosten von 1,3 Mio. Franken im Jahr, enorm. Da sind die für den Energieberater budgetierten Kosten von Fr. 12'000 kein Betrag. Wenn dadurch nur 1% an möglichen Einsparungen eruiert werden kann, regeneriert sich diese Ausgabe innert Kürze.“

Regula Kaeser-Stöckli, RV Bevölkerung: „Die Ausführungen von Reto Schindler kann ich nur unterstützen. Manchmal muss man etwas investieren um Kosten zu sparen.“

Punkt 49 und 50: mehrheitlich angenommen

Ueli Enderli erklärt dazu, dass bei diesem Konto 3140.000, die Bodensanierung zu 100%, Fr. 8'000, ganz gestrichen werden soll. Dazu sollen weitere 10% vom Gesamtbudgetbetrag von 249'000, d.h. Fr.24'950, gekürzt werden. Insgesamt erfährt dieses Konto eine Kürzung von Fr. 32'950.

Punkt 51: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Regula Kaeser-Stöckli, RV Bevölkerung: „Wir müssen sehr viele Revisionen und Wartungsleistungen aufwenden um den Erhalt der Anlagen zu gewährleisten. Für die Angestellten im Schluefweg lege ich meine Hand ins Feuer, dass nur die nötigsten Sanierung und Wartungen durchgeführt werden. Dort wird kein Luxus verbaut. Hier 10% zu streichen ist ein grosser Betrag. Dann ist es kaum mehr möglich den werterhaltenden Unterhalt zu leisten. Zum Gesamten Wert der Liegenschaft von rund 32 Mio. Franken sind die budgetierten Fr. 275'900 ein ganz normaler Wert und kein Nice-to-have.“

Punkt 52: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

René Roser (SP): „Leider ist es so, dass heute unser Land nicht mehr den Glanz hat, überall reinlich zu sein. Ich kann das am Flughafen täglich beobachten. Nicht nur ausländische Reisende, nein auch mehrheitlich Schweizer reissen ihre Kofferranhänger einfach ab und lassen sie auf den Boden fallen. Reisende, welche ihre Fahrräder mit in die Ferien nehmen, lassen die grossen Verpackungen einfach liegen. Darum ist es nötig, die entsprechenden Abfallkübel, Abfallhaie, aufzustellen um alle zu animieren, ihren Güsel am richtigen Ort zu deponieren. Der Abfallkorb an der Glassammelstelle an der Rankstrasse ist ein gutes Beispiel. Säcke, in denen das Glas an die Sammelstelle gebracht wird, werden im Abfallkorb deponiert und die Sauerei hat sich stark reduziert, wenn auch nicht vollständig. Begleitmassnahmen sind aber nötig, z.B. über die Presse, welche Bilder von diesen Orten aufzeigt, könnten eines von möglichen Beispielen sein. Auch um die Bürger zu stärken und ihnen Mut zu machen, dort, wo sie „Sünder“ sehen, diese anzusprechen. Die SP Fraktion will, dass dieser Budgetposten unangetastet bleibt.“

Christoph Fischbach (SP): „Zu den Abfallbehältern bei der Ruebisbachhalle habe ich am Wochenende gerade eine gute Erinnerung. Im Eingang stehen zwei grosse Kübel einer namhaften Klotener Baufirma. Ich gehe davon aus, dass diese dort gratis stehen oder als Werbefläche bezahlt werden. Sollte das nicht der Fall sein, fände ich es sehr schäbig, dass sich die Stadt nun schon die Abfallbehälter von Privaten aufstellen lassen muss.“

Punkt 53 und 54:mehrheitlich angenommen

Punkt 55: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach (SP): „Hier kommen wir zum Klassiker. In vielen Konten wird die Dienstleistungen Dritter (DL) gestrichen. Wenn dann eine Fremdvergabe sicher teurer ist als eine Ersatzbeschaffung, soll es trotzdem wieder die DL Dritter sein die angestrebt wird. Da stimmt für mich etwas nicht.“

Heiri Brändli (EVP): „In diesem Ersatzbetrag ist der Eismeister, welche die Schuhe schleift nicht mitgerechnet, daher ist eine DL Dritter hier gerechtfertigt.“

Regula Kaeser-Stöckli: „Wir schleifen pro Jahr 1200-1500 Schlittschuhe. Heute erledigt uns das jemand für Fr. 3 pro Paar. Die Firma Ochsner verlangt dafür Fr. 12. Bei guter Verhandlung können wir diesen Betrag evtl. auf Fr. 8 senken. Es gestaltet sich so, dass das Personal des Schluiefwegs jede Woche 3 Kisten Schuhe zum Ochsner und zurück fährt (dieser Personalaufwand ist auch nicht im Preis inbegriffen). Wenn das selbst erledigt werden könnte, dann wäre der Betrag in 2 Jahren amortisiert.“

Punkt 56: mehrheitlich abgelehnt (somit keine Kürzung)

Diskussion dazu:

Regula Kaeser-Stöckli, RV Bevölkerung: „In diesem Konto sind die Wartungsarbeiten von einigen grossen Maschinen und Anlagen enthalten. Dieser Betrag ist sehr genau nach den Bedürfnissen berechnet und auch keine Luxuslösung. Wenn wir den Zamboni nicht mehr warten können, können wir irgendwann das Eis beim Hockeymatch nicht mehr säubern. Wir müssen auch die Anlagen der Eisaufbereitung warten und pflegen. Unter anderem sind das diverse Pumpen und Geräte welche auch die Chemikalien zur Eisaufbereitung enthalten, z.B. die Ammoniakpumpe. Hier geht es nicht nur um ein wenig flicken, hier geht es um grosse Dienstleistungen und um Sicherheit im Stadion. Dieser Betrag darf nicht gekürzt werden.“

Punkt 57: mehrheitlich angenommen

Maja Hiltbrand (SP): „Wir haben diesen Betrag letztes Jahr schon zurückgestellt. Die Anlage ist sehr überaltert. Eine Erneuerung würde ganz sicher den Stromverbrauch um einiges geringer ausfallen lassen und Kosten sparen.“

Punkt 58: mehrheitlich angenommen

Regula Kaeser-Stöckli, RV Bevölkerung: „Die Sanierung des Saales wurde im Budget belassen und nun die Tische nicht zu erneuern ist keine Option. Die Tischplatten sind sehr beansprucht und nicht mehr sehenswert für die verschiedenen Anlässe. Ein Beispiel dafür wie es kommt ist die reformierten Kirche, die das Atrium sehr schön renoviert und nun mit alten Tischen bestückt hat. Das sieht einfach schäbig aus.“

Matthias Rieder (GLP): „Offenbar hat die Kirche mehr Geld. Ich habe zu Hause auch nicht alles, was ich gerne hätte. Wenn kein Geld vorhanden ist, kann nicht alles neu gekauft werden und die alten Tische reichen noch eine Weile.“

Heiri Brändli (EVP): „Die Kirche hat auch kein Geld vorig. Es sind nur vorläufig die alten Tische, weil die neuen noch nicht geliefert wurden.“

Reto Schindler (Grüne): „Die vorliegenden Einsparungen sind nicht alle um des Sparens willen. Es soll der Steuerfuss tief bleiben und das ist die falsche Motivation.“

Punkt 59: mehrheitlich abgelehnt (somit keine Kürzung)

Diskussion dazu:

Peter Nabholz (FDP): „Wir müssen uns dem Zeitgeist anpassen. Die Bibliothek wird allmählich zu einem schwarzen Loch. Es muss die Digitalisierung der Medien angestrebt werden. Damit kann Kapazität geschaffen werden, auch für einen erweiterten Kreis z.B. das Schulhaus Feld. Die FDP ist gegen eine Streichung des Betrages.“

Punkt 60: mehrheitlich abgelehnt (somit keine Kürzung)

Fabienne Kühnis (Grüne): „Wenn in einer Stadt Millionen für ein Stadion ausgegeben werden können, sollte es auch für Fr. 50'000 für die Bibliothek reichen. Es gibt in Kloten auch belebte und nicht nur sportliche Einwohner.“

Reto Schindler (Grüne): „Wir sind nicht nur Sportstadt, wir sind auch Kulturstadt und die Bibliothek gehört zur Kultur und trägt auch zur Bildung bei. Wenn schon der EHC einen eigenen Kreisel zur Eigenbeweihräucherung bekommt, dann sollte auch Geld für die Bibliothek vorhanden sein.“

Rachel Grütter (SVP): „Es geht nun genau um das, dass wir nicht alles sehr gut machen können. Wir müssen Prioritäten setzen. Die Bibliothek ist nicht auf der Prioritätenliste. Ausserdem verweise ich auf das Postulat Ehrensperger, in dem uns eine Reduktion des Aufwands um 5% versprochen und nie eingehalten wurde. Wir sollten das ganze Konzept der Bibliothek anschauen und auch über eine Gebührenerhöhung nachdenken. Eine geringe Erhöhung des Beitrages hat sicher keine negative Auswirkung auf die Mitgliederzahl. Ausserdem wollen wir einen Überblick über das gesamte Projekt mit Schulhäusern etc. bevor Geld ausgegeben wird.“

Christoph Fischbach (SP): „Wer heute in die Bibliothek geht hat ein Retroerlebnis. Sie ist mittlerweile sehr in die Jahre gekommen und hat eine Auffrischung bitter nötig.“

Peter Nabholz (FDP): „Ich gebe Christoph Fischbach ungern recht, aber in diesem Falle stimmt es. Wir haben 30jähriges Mobiliar und da gibt es nichts zu Priorisieren. Es sind Nutzerrückgänge zu verzeichnen und das nicht aus Kostengründen. Es muss modernisiert werden um diese wichtige Aufgabe auch in Zusammenarbeit mit der Schule aufrecht zu erhalten.“

Maja Hildebrand (SP): „Regelmässige Unterhaltsarbeiten gehören zur Pflicht einer Stadt und diese aufzuhäufen bringt nichts. Die SP stimmt dem Antrag nicht zu.“

82 Gesundheit + Alter

Keine Anträge vorhanden.

Investitionsrechnung

Punkt 1: mehrheitlich angenommen.

Christoph Fischbach (SP): „Ich bin kein Fan von Parkplätzen, aber bei Sportstätten mit Autobahnanschluss sind sie einfach in guter Anzahl nötig. Am Wochenende hat es regelmässig zu wenige Parkmöglichkeiten und die Besucher verirren sich im Nahen Quartier. Wenn diese gebührenpflichtig sind rechnet sich das mit der Zeit.“

Pascal Walt (CVP): „Die CVP glaubt das die bisherigen Parkplätze genügen und eine Erweiterung unnötig ist.“

Punkt 2: geänderter Antrag einstimmig angenommen (Kürzung um Fr. 250'000)

Diskussion dazu:

Regula Kaeser-Stöckli, RV Bevölkerung: „Das Ausseneisfeld hat eine Sanierung nötig und diese ist ja auch unbestritten. Wir müssen die Renovation planen und dabei kann im gleichen auch geprüft werden, ob eine Überdachung möglich ist oder nicht. Die Platte muss unbedingt saniert werden. Die Kühlung bzw. Eisherstellung ist bei etwas höheren Temperaturen kaum mehr möglich. Ausserdem ist das Fundament der Eisbahn undicht und es rinnt Wasser auf die unten parkierten Autos. Bereits mussten wir Haftungsfälle übernehmen, da das Ammoniak den Lack der Wagen beschädigt hat. Wir wollten weiterdenken und wissen ob ein Dach machbar und finanzierbar ist. Zudem soll die Sanierung für ein allfälliges Dach vorbereitet sein. Wenn wir für diverse Situationen vorbereitet sind, kommt es am Ende günstiger. Wenn ihr den Kredit streicht, dann können wir erst im Jahr 2016 mit der Planung beginnen. Die Sanierung kann dann erst in der Saison 2017/18 erfolgen. Mein Vorschlag ist, dass wenigstens Fr. 250'000 drin bleiben und wir planen können. Da ich den Antrag nicht selber stellen kann wäre ich froh, wenn das jemand im Rat übernimmt.“

Beat Vorburger (FDP): „Ich kann den Ausführungen von Regula Kaeser folgen, aber für mich ist es im Voranschlag sehr intransparent. Von gebundenen Ausgaben ist nichts zu finden. Irgendwie ist in dem Betrag alles reingepackt. Die Sanierung ist nötig, denn auch mein Auto hat schon Schaden genommen. Aber wir brauchen Transparenz was ist für die Sanierung nötig und gebunden und was ist für das Projekt der Überdachung gedacht.“

Heiri Brändli (EVP): „Ich denke wie Beat Vorburger. In dem Kredit ist von Überdachung die Rede. Auch für uns ist es sehr undurchsichtige wofür welches Geld gebraucht wird.“

Christoph Fischbach (SP): „Der Kompromiss von Regula Kaeser ist begründet und ich stelle den Antrag den Betrag nur um Fr. 250'000 zu kürzen. Wenn alles gestrichen wird, gibt es eine grosse Zeitverzögerung und das wird dann auch nicht günstiger.“

Rachel Grütter (SVP): „Uns ist ebenfalls unklar was braucht wieviel Geld. Wir finden Fr. 250'000 zu viel für reine Planungskosten. Solche intransparenten Entscheide ad hoc zu fällen geht nicht. Von gebundenen Ausgaben ist ebenfalls nirgends die Rede.“

René Huber, Stadtpräsident: „Es hat in all den Jahren noch nie eine bezeichnete gebundene Ausgabe im Budget gegeben. Man stellt den zu erwartenden Betrag ins Budget, danach gibt es im Laufe des Jahres einen Beschluss und der ist in der Kompetenz der Geschäftsleitung, des Stadtrates oder des Gemeinderates und wird entsprechend beschlossen. Zudem wissen wir in diesem Fall noch nicht genau, was ist gebundene und nicht gebundene Ausgabe, dazu müssten wir zuerst planen können. Die Fr. 250'000 sind sicher kein zu hoher Betrag, da mit Planungskosten von rund 10% bei einem Projekt gerechnet wird.“

Regula Kaeser-Stöckli, RV Bevölkerung: „Es ist so wie René Huber das erklärt hat. Wir rechnen mit rund 10% Planungskosten. In der Investitionsrechnung werden alle zu erwartenden Kosten aufgeführt. Gebunden oder nicht ist noch nicht relevant. Das fertige Projekt kommt dann bei entsprechender Grösse in den Rat.“

Rachel Grütter beantragt ein Timeout für die Besprechung der neuen Ausgangslage.

Die Ratsleitung gibt eine kurze Pause von 10 Minuten bekannt.

Rachel Grütter (SVP): „Wir wären froh über mehr Transparenz. Alle anderen gebundenen Ausgaben sind eben doch bezeichnet. Für nächstes Jahr wären wir froh, wenn das überall angewandt werden könnte. Das würde uns in der Entscheidungsfindung helfen. Die SVP unterstützt den Betrag von Fr. 250'000 als Planungskosten.“

Punkt 3: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach (SP): „Ich bin kein Hockeyfan, aber es gibt diese Anforderung von TV und Verband. Als Besitzer der Liegenschaft ist es nun halt so das man solches Kosten übernehmen muss.“

Ueli Schlatter (SVP): „Vor kurzem war die WM in Kloten und damals gab es schon HD TV. Wir vermieten das Stadion und müssen bei neuen Anforderungen nicht immer gleich rennen.“

René Huber, Stadtpräsident: „Das Stadion wird auch für andere Anlässe genutzt, z.B. den Superfinal des Unihockey, was grosse Zustimmung fand. Diese werden nun mal im TV übertragen, ansonsten finden sie bei uns nicht mehr statt. Es gibt noch ganz andere Anlässe und die benötigen nun mal höhere Anforderungen. Falls wir da nicht mithalten können, können auch keine Mehreinnahmen generiert werden.“

Punkt 4: mehrheitlich angenommen

Diskussion dazu:

Christoph Fischbach (SP): „Auch hier handelt es sich um einen absurden Vorschlag. Das Geschäft kommt in den Gemeinderat zur Diskussion. Sollte das aus irgendwelchen Gründen nicht der Fall sein oder wird abgelehnt, dann muss der Betrag auch nicht ausgegeben werden.“

Punkt 5: mehrheitlich abgelehnt (somit keine Kürzung)

Es wird kein Rückkommen verlangt.

Steuerfussdebatte:

Ueli Enderli, GRPK-Präsident: In der GRPK wurde der Steuerfuss eingehend beraten. Unter Berücksichtigung der anstehenden Investitionen konnte sich auch die GRPK einer Anhebung des Steuerfusses nicht verschliessen. Unter Berücksichtigung der Sparanträge hat die GRPK mehrheitlich die Anhebung des Steuerfusses um 6% auf 105% beschlossen. Wir sind uns durchaus bewusst, dass anstehende weitere Investitionen zu einer weiteren Anhebung des Steuerfusses führen könnten. Wir möchten jedoch die Verwaltung auffordern, auch weiterhin zurückhaltend mit den finanziellen Ressourcen umzugehen.“

Die GRPK beantragt einen Steuerfuss von 105%.“

Heiri Brändli (EVP): „Irgendwo im Voranschlag haben wir rund 1,5 Mio. Franken gespart, aber deshalb zu glauben wir sind gerettet ist falsch. Der Stadtrat beantragt 107% auch im Hinblick auf die grossen zu erwartenden Investitionen. Wie wir im VA 15 sehen können, muss auch bei einem Steuerfuss von 107% noch Fremdkapital zugekauft werden. Mit 105% reicht das nicht mal knapp, aber die Nettoverschuldung erhöht sich. Aus diesem Grund muss der Steuerfuss 107% sein. Es gibt auch mit 107% keine Rückstellung von Geldern. Wir müssen endlich lernen langfristig zu denken. Die 2% weniger bringen mehr Schaden als Nutzen. Die EVP unterstützt deshalb den Antrag des Stadtrates.“

Christoph Fischbach (SP): „Nachdem nun das Budget kosmetisch angepasst wurde, hat eine Mehrheit des Gemeinderates das Gefühl der Steuerfuss müsse nicht vom Stadtrat beantragt auf 107% sondern nur auf 105% angehoben werden. Dies ist jedoch ein Trugschluss.

1. Nahezu alle Anträge bringen keine Kosteneinsparungen. Das Polizeiauto z.B. wird auch trotz Streichung ersetzt, weil es nicht mehr fährt. Und das wird früher sein, als gedacht! Und dann wird's noch teurer! Dies ist nur ein Beispiel! Somit sind die meisten Kürzungen irrelevant und bewirken nichts! Vor allem nichts nachhaltig!

2. Der Steuerfuss hat einen direkten Einfluss auf die Fremdmittel. Ein Steuerprozent entspricht ca. Fr. 750'000. Bei den anstehenden Investitionen müssen weniger Fremdmittel aufgenommen werden, wenn der Steuerfuss gemäss Antrag Stadtrat angehoben wird. Hier sei nur daran erinnert, dass wenn in den Jahren 2012 bis 2014 der Steuerfuss bei 105% belassen worden wäre, hätten rund 12 Mio. Franken mehr Eigenmittel eingenommen und der Stadtplatz, die Freibadsanierung und die Stighag-Erweiterung, in der Höhe von rund 13,5 Mio. Franken, nahezu aus eigenen Mitteln bezahlt werden können! Der Stadtrat hat bewusst und überlegt die Finanzplanung auf einem Steuerfuss von 107% aufgebaut. Daran ändern auch die kosmetischen Budgetkorrekturen nichts.

Man muss aber nicht nur schauen, was bezahlt werden muss, sondern was Klotten dafür bietet, z.B. eine topausgebaute Infrastruktur in Freizeit und Sport. Dass das eine überwiegende Mehrheit haben will, haben die entsprechenden Abstimmungen in den vergangenen Jahren eindrücklich gezeigt. Darum gilt es nun auch die Konsequenzen zu tragen und den entsprechend Steuerfuss von 107% zu bejahen!“

Reto Schindler (Grüne): „Aus bereits genannten Gründen sind die 105% unrealistisch und 107% muss bleiben.“

Silvan Eberhard (SVP): „Der Samichlaus hat gezeigt, dass es wenig Fleisch am Steuerfussknochen hat. Die grossen anstehenden Investitionen fordern die Erhöhung jedoch ein. Wie es gesagt wurde, klar machen wir die Sparübungen für einen tieferen Steuerfuss. Wichtig ist die Höhe des Steuerfusses für die Wirtschaft, denn das dafür aufgewendete Geld fehlt den Firmen für deren Investitionen. Wir empfehlen 105% um die Unternehmen in Klotten zu behalten.“

Pascal Walt (CVP): „Wir wissen auch, dass eine Steuererhöhung unangenehm ist. Wir haben uns an den tiefen Steuerfuss gewöhnt. Nun sind wir aufgrund diverser Investitionen im Zwang uns anzupassen. Wir setzen auf den Antrag des Stadtrates von 107% um auch zukünftig vermehrt unsere Investitionen selber bezahlen zu können.“

Beat Vorburger (FDP): „In einem Punkt sind wir uns einig, es braucht eine Erhöhung. Das schmerzt uns sehr, aber es ist nun mal Tatsache. Die 105% sind ein guter Kompromiss und wir empfehlen diesen anzunehmen. Wir sind auf Rekordhöhe mit den Ausgaben und Investitionen und es sind alle aufgefordert sparsam mit den Einnahmen umzugehen.“

Mathias Rieder (GLP): „Wir sehen den Steuerfuss ebenfalls bei 105%. Damit sind wir auch immer noch gut unter dem Mittel des Kantons.“

Abstimmung im Rat über 105% (Antrag GRPK) gegen 107% (Antrag Stadtrat): 19 Stimmen für 105% zu 12 Stimmen für 107%.

Somit wird der Steuerfuss bei 105% festgesetzt.

Schlussabstimmung im Rat zum geänderten Voranschlag 2015 inkl. Steuerfuss von 105%: mehrheitlich angenommen (24 Ja / 4 Nein / 3 Enthaltungen).

Beschluss:

1. Der Gemeinderat hat den Voranschlag 2015 mit diversen Änderungen zum Antrag Stadtrat verabschiedet (siehe separate Tabelle).
2. Der Gemeinderat hat den Steuerfuss 2015 mit 105% festgesetzt

Mark Wisskirchen, RV Ressourcen: „Dank an Gemeinderat für die Abnahme des Budgets und wir können mit dem Steuerfuss 105% leben. Es war von einem Wunschkatalog die Rede, was in die Adventszeit passt. Wir haben weiterhin einen Sparauftrag und den nehmen wir wie immer ernst. Es gibt sicher bei den einen oder anderen Posten ein Return-of-Investment. Die Erhöhung war nötig denn es ist kein Wunschkatalog. Den im letzten Jahr erhaltenen Auftrag haben wir ernst genommen und ein ausgeglichenes Budget vorgelegt. Seit 2002 verschieben wir die Investitionen grosszügig an die künftige Generation. Damit kann nicht mehr zugewartet werden und die Steuererhöhung ist somit unumgänglich. Unterhalt und Ausbau ist nun nötig und es gibt auch eine gesetzliche Anforderung die Infrastruktur und deren Wert zu erhalten. Alle haben grossen Einsatz bei der Erarbeitung des Voranschlags gezeigt. Mein Dank dafür. Zudem haben wir versucht besser zusammenzuarbeiten, aber ich denke darin können wir noch besser werden. Der Stadtrat möchte die Entwicklung der Stadt im Sinn der Bevölkerung weiterführen und die Ressourcen nach den knappen Mitteln entsprechend ausrichten.“

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 3. Februar 2015 statt.

Es werden keine Einwände gegen die Geschäftsführung eingebracht. Die 6. Sitzung der 12. Legislaturperiode ist somit geschlossen.

Der Präsident bedankt sich für die lange Aufmerksamkeit und wünscht allen Anwesenden frohe Festtage und einen guten Rutsch in ein gesundes neues Jahr.

Schluss der Sitzung: 22:55 Uhr

Geprüft und genehmigt:
Kloten, 19. Januar 2015

GEMEINDERAT KLOTEN

Ueli Streuli
Präsident

Sigi Sommer
1. Vizepräsidentin

Irina Bannwart
2. Vizepräsidentin